

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates
– Drucksachen 13/120, 13/3734 –

Entwurf eines Gesetzes zur Einbeziehung der Mauer- und Grenzgrundstücke
in das Vermögensgesetz

Bericht der Abgeordneten Gunter Weißgerber, Manfred Kolbe, Oswald Metzger
und Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, für die Grundstücke, die zum Zweck der Errichtung von Sperranlagen entlang der gesamten ehemaligen innerdeutschen Grenze sowie zum Zweck des Baus der Berliner Mauer durch Berlin und des Sperrgürtels um Berlin enteignet wurden und die mit der Herstellung der deutschen Einheit in das Vermögen des Staates gefallen sind, einen Rückübertragungsanspruch zu schaffen.

Der Gesetzentwurf sieht die Schaffung von Rückübertragungsansprüchen der betroffenen Alteigentümer durch Ausweitung der Restitutionsbestände des Vermögensgesetzes vor.

Der federführende Rechtsausschuß hat darüber hinaus folgende Änderungen beschlossen:

- in Artikel 1 wird der Anwendungsbereich sowie der Erwerb, die Erlösverwendung und die Einrichtung

eines Fonds zur Förderung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zwecken geregelt,

- Artikel 2 sieht eine Änderung des Bundeszentralregistergesetzes vor und
- Artikel 3 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Der Gesetzentwurf verursacht voraussichtlich Minder-einnahmen des Bundes in Höhe von 1 bis 2 Mrd. DM.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Rechtsausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 7. Februar 1996

Der Haushaltsausschuß

Helmut Wieczorek (Duisburg)
Vorsitzender

Gunter Weißgerber
Berichterstatter

Manfred Kolbe
Berichterstatter

Oswald Metzger
Berichterstatter

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Berichterstatter

